

11.09.2017

Beschlussempfehlung und Bericht

für Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/84

Steuerentlastungen nicht mehr mit der Gießkanne verteilen – Milliardenausfälle bei Kommunen und Ländern verhindern

Berichterstatter

Abgeordneter Martin Börschel

Beschlussempfehlung

Der Antrag der Fraktion der SPD - Drucksache 17/84 - wird abgelehnt.

Datum des Originals: 11.09.2017/Ausgegeben: 11.09.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bericht

A Allgemeines

Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/84, wurde durch das Plenum am 13. Juli 2017 federführend an den Haushalts- und Finanzausschuss (HFA) und zur Mitberatung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen überwiesen. Die abschließende Beratung und Abstimmung findet nach Vorlage einer Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses im Plenum statt.

B Beratung

Der erstmalige Aufruf in einer Tagesordnung des federführenden Haushalts- und Finanzausschusses fand am 7. September 2017 statt. Der mitberatende Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Verkehr hatte den Beratungsgegenstand in seiner Tagesordnung für den 8. September 2017 vorgesehen.

Die antragstellende Fraktion bat in der Sitzung des federführenden Ausschusses am 7. September 2017, den Antrag abschließend zu beraten und abzustimmen, ohne das Votum des mitberatenden Ausschusses abzuwarten. Der Bitte der antragstellenden Fraktion wurde einvernehmlich gefolgt. Da dieser Fraktionsantrag im „umgekehrten Verfahren“ beraten wird, besteht für die Fraktionen Gelegenheit für Entschließungsanträge zur Beratung im Plenum.

Die SPD-Fraktion wirbt für ihren Antrag, in dem die Landesregierung aufgefordert werde darzulegen, wie die von den Koalitionsfraktionen angekündigte Steuerreform die Haushalte des Landes und der Kommunen in NRW belasten würde und wie eine Finanzierung einer nicht gegenfinanzierten Steuerreform ohne neue Schulden möglich sei. Es stelle sich die Frage, wie die Regierung die Ausfälle bei den Steuereinnahmen im Haushalt darstellen wolle.

Die Fraktion der CDU merkte an, dass diese Darstellung im Haushalt dann im anstehenden Haushaltsverfahren erfolge.

Die Fraktion der FDP konstatierte, dass dieser Fraktionsantrag ausschließlich ein Showantrag im Zusammenhang mit der Schlussphase des Bundestagswahlkampfes sei.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vermisst bei den bisherigen Aussagen der Koalitionsfraktionen eine Kostenfolgeabschätzung und stimme der antragstellenden Fraktion insoweit völlig zu. Die Frage der Gegenfinanzierung sei eine „Blackbox“. Da die GRÜNEN auf Bundesebene aber andere Steuerkonzepte verfolgten als die SPD, werde man sich in dieser Abstimmung enthalten.

C Abstimmung, Ergebnis

Der Antrag, Drucksache 17/84, wurde bei der Abstimmung am 7. September 2017 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktionen von AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Die abschließende Beratung und Abstimmung findet im Plenum nach Vorlage dieser Beschlussempfehlung statt.

Martin Börschel
Vorsitzender